THÜRINGER LANDTAGSKURIER

Ausgabe 9
November 2008

Aus dem Plenum und den Ausschüssen

Gesetz für mehr direkte Demokratie in Thüringer Kommunen geht in erste Beratung

Am 23. Oktober 2008 wurde das Volksbegehren „Mehr Demokratie in Thüringer Kommunen“ mit 235.530 gültigen Stimmen durch Landtagspräsidentin Prof. Dr. Dagmar Schipanski für zustande gekommen erklärt. Der damit auf den Weg gebrachte Gesetzentwurf, der zum Ziel hat, die Hürden und Auflagen für die direkte Mitsprache mittels Bürgerantrag, Bürgerbegehren und Bürgerentscheid zu senken, wurde in der Plenarsitzung am 14. November 2008 erstmalig beraten.
Dr. Birgit Klaubert (Die LINKE) betonte dabei, dass die Ausdehnung der direkten Einflussmöglichkeiten auf Sachfragen dazu beitrage, den schleichenden Prozess des Vertrauensverlustes der Bürger in die Funktionsweise der Demokratie umzukehren. Die SPD-Abgeordnete Heike Taubert rügte, die CDU habe durch ihren eigenen Gesetzentwurf zum bürgerschaftlichen Engagement das Volksbegehren ad absurdum geführt. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Mike Mohring wies diese Kritik zurück und unterstrich, dass auch die CDU das Engagement der Menschen, die sich in ihrer Freizeit für den Erfolg des Volksbegehrens eingesetzt hatten, schätze und ihm in der bevorstehenden Beratung des Gesetzentwurfs Respekt zollen werde.

Konsequenzen steigender Energiepreise diskutiert

Die durch den Höhenflug des Ölpreises stark gestiegenen Energiekosten sollen auf Antrag der LINKEN in die Unterkunftskosten von Sozialleistungsbeziehern integriert werden. Zudem forderte Tilo Kummer (DIE LINKE) die Landesregierung namens seiner Fraktion auf, mit Hilfe der Thüringer Aufbaubank privaten Haushalten die Finanzierung von Maßnahmen zur Energieeinsparung zu erleichtern. Die SPD-Fraktion setzte sich mit einem Alternativantrag unter anderem dafür ein, ein Thüringer Investitionsprogramm „Energieeffizienz plus“ bereitzustellen. „Die enorme Belastung, die für die privaten Haushalte entstanden ist, bedarf sozialer Ausgleichsmaßnahmen“, so Hartmut Schubert (SPD). Christian Carius (CDU) hielt beiden Anträgen entgegen, dass es vor allem darauf ankomme, einen ausgewogenen Energiemix anzustreben. Die Verwendung von Kernenergie sei aufgrund des hohen Energiebedarfs notwendig, müsse aber durch erneuerbare Energien ergänzt werden.

Enquetekommission

Die Enquetekommission „Zukunftsfähige Verwaltungs-, Gemeindegebiets- und Kreisgebietsstrukturen in Thüringen und Neuordnung der Aufgabenverteilung zwischen Land und Kommunen“ führte in ihrer Sitzung vom 4. November 2008 eine öffentliche Anhörung zum Einsatz elektronischer Verfahren in der Verwaltung durch. Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung waren nach Erfurt gekommen, um über Strategien, Anforderungen und Erfahrungen bei der Einführung von eGovernment auf Bundes- und Länderebene zu berichten. „Im Idealfall soll vom elektronisch initiierten Anliegen des Bürgers bis hin zum elektronischen Bescheid alles komplett über eGovernment abgewickelt werden“, so der Kommissionsvorsitzende Christian Carius (CDU). „Auch wenn das Handeln der Verwaltung dadurch einen erheblichen Umbruch erfährt, wird der Kontakt zu persönlichen Ansprechpartnern weiterhin Bestandteil des Dienstleistungsangebots der Behörden bleiben.“

Gleichstellungsausschuss

Am 6. November 2008 beriet der Gleichstellungsausschuss über die Auswirkungen des Thüringer Gleichstellungsgesetzes, das seit nunmehr zehn Jahren existiert. Positiv vermerkt wurde, dass sich durch die Berufung von Gleichstellungsbeauftragten in Landkreisen und Kommunen mit mehr als 20.000 Einwohnern ein Netzwerk gebildet habe, das durch sein Engagement für die Gleichstellung vor Ort sehr wichtig geworden ist. Mit Bedauern stellte Ausschussvorsitzende Katja Wolf (DIE LINKE) fest, dass in vielen Fällen die gesetzlichen Grundlagen nicht umgesetzt würden: „Vor Ort werden die Gleichstellungsbeauftragten oftmals mit verschiedensten weiteren Aufgaben betraut“. Damit sei es den Gleichstellungsbeauftragten häufig nicht möglich, ihre Aufgabe umfassend wahrzunehmen. Erschwerend komme hinzu, dass viele von ihnen nicht über die notwendigen Ressourcen verfügten. So sei es für viele Beauftragte schwierig, an Fortbildungen teilzunehmen, Literatur zu beschaffen oder eigene Publikationen zu veröffentlichen.



Sehr geehrte Leserinnen,
sehr geehrte Leser,

der vor Ihnen liegende Landtagskurier informiert Sie über ausgewählte Debatten der zurückliegenden Plenartage. Wie gewohnt berichten wir außerdem über Sitzungen der Ausschüsse sowie über Ausstellungen und Veranstaltungen im Thüringer Landtag.

Inhaltlich geht es unter anderem um die Weiterentwicklung der direkten Demokratie im Freistaat, um Fortschritte und weiterhin bestehende Defizite bei der Gleichstellung von Frau und Mann, um den Anstieg der Energiepreise und mögliche Reaktionen hierauf sowie um Wege hin zu einer bürger- und unternehmensfreundlicheren Verwaltung durch die Einführung von eGovernment.

Die Spannweite der behandelten Themen zeigt, mit wie vielen Politikfeldern sich der Landtag beschäftigt. Eines steht dabei immer im Mittelpunkt: Die Suche nach den besten Lösungen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine interessante Lektüre der aktuellen Ausgabe des Landtagskuriers.

Ihre

Dagmar Schipanski

Prof. Dr. Dagmar Schipanski

Ausstellungen

Aufarbeitung der ‚Arisierung' in Thüringen – Wanderausstellung im Landtag eröffnet

Im Gedenken an die Novemberpogrome 1938 eröffnete Landtagspräsidentin Prof. Dr. Dagmar Schipanski am 6. November 2008 die Ausstellung „'Arisierung' in Thüringen – Ausgegrenzt. Ausgeplündert. Ausgelöscht" im Thüringer Landtag. Anliegen des Ausstellungsprojekts, das auf Forschungsergebnisse von Studierenden der Friedrich-Schiller-Universität Jena zurückgreift, ist es aufzuzeigen, wie der Ausgrenzungs-, Verdrängungs- und Vernichtungsprozess gegen die jüdische Minderheit vonstatten ging, die bis 1933 erheblich zur kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung Thüringens beigetragen hatte. Anhand konkreter Fälle der „Arisierung" thüringischer Unternehmen wird die Vorgehensweise der Täter und Profiteure veranschaulicht, vor allem aber wird den Opfern ein Gesicht gegeben. Zudem thematisiert die Ausstellung den Umgang mit der „Arisierung" nach 1945. Rückübertragungen von Unternehmen und Grundstücken fanden in der Mehrzahl der Fälle nicht statt, so dass die Forschung von einer „zweiten Enteignung" spricht.

„Ich bin außerordentlich dankbar, dass die Studenten der Universität Jena das ebenso sensible wie wichtige Thema der ‚Arisierung' aufgegriffen haben, um es in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu heben. Auf die Besucher der Ausstellung wartet eine Fülle eindrucksvoller Beiträge und Informationen", so die Landtagspräsidentin bei der Eröffnung.

Die Ausstellung ist zu sehen bis zum 9. Januar 2009, montags bis freitags von 8.00 Uhr bis 18.00 Uhr. Der Eintritt ist frei.

Quellen zur Geschichte Thüringens: **„ausgebrannt, ausgeplündert, ausgestoßen". Die Pogrome gegen die jüdischen Bürger Thüringens im November 1938.**
(Bestellung über die Landeszentrale für Politische Bildung - http://www.thueringen.de/de/lzt/)

Veranstaltungen

Lernort Landtag

Am 12. und 13. November 2008 führte die Landeszentrale für politische Bildung das seit bereits zehn Jahren bewährte Seminar „Lernort Landtag" diesmal mit einer Gruppe von geistig behinderten und psychisch kranken Menschen durch. Das Diakonische Bildungsinstitut „Johannes Falk" war neben dem Thüringer Landtag ebenfalls Kooperationspartner. „Das Ziel des Seminars, durch kurze Vorträge die Arbeit des Landtags zu vermitteln, stieß auf reges Interesse und war ein guter Beweis dafür, dass politische Bildungsarbeit in allen Bevölkerungsgruppen willkommen und wichtig



ist", so Landtagspräsidentin Prof. Dr. Dagmar Schipanski, die mit den Teilnehmern bei einem gemeinsamen Mittagessen ins Gespräch kam.

Ehemalige Abgeordnete im Europäischen Parlament

Die Mitglieder der „Vereinigung Ehemaliger Abgeordneter des Thüringer Landtags e.V." besuchten vom 11. bis 14. Oktober 2008 das Europäische Parlament in Brüssel. Schwerpunkte der Reise bildeten Gespräche mit der Parlamentsverwaltung und den Parlamentsabgeordneten sowie ein Treffen in der Thüringer Landesvertretung. Die Vereinigung wurde 2002 gegründet und versteht sich als wichtiges Bindeglied zwischen Abgeordneten und Bevölkerung. Die derzeit 55 Mitglieder suchen beispielsweise regelmäßig den Kontakt mit Schülern, um über den Aufbau der Demokratie im Freistaat Thüringen zu informieren.

CDU

Kommunale Strukturen werden durch neue Gesetze noch effizienter

In seiner Novembersitzung hat der Thüringer Landtag einstimmig das Gesetz zur freiwilligen Neugliederung mehrerer Gemeinden verabschiedet. Damit ebnete das Parlament den Weg zur Neustrukturierung von 20 Orten. Durch die Zusammenschlüsse in den Landkreisen Altenburger Land, Gotha, Nordhausen, Saalfeld-Rudolstadt, Schmalkalden-Meiningen, Weimarer Land und dem Saale-Holzland-Kreis entstehen acht größere Gemeinden. Nachdem es im Jahr 2006 in Thüringen noch 998 Gemeinden gab, wird die Zahl durch die neue Gesetzgebung nunmehr auf 956 sinken. Insgesamt stellt der Freistaat für die beschlossenen Neugliederungen rund 2,4 Mio. Euro in diesem und 6 Mio. Euro im nächsten Jahr zur Verfügung. Für die Fusion erhalten die neuen Gebietskörperschaften bis zu 100 Euro pro Einwohner. Fraktionsvorsitzender Mike Mohring sieht in den Neugliederungen eine Bestätigung für das Prinzip der Freiwilligkeit, das auch für den nächsten Reformschritt, die Thüringer Landgemeinde, gültig bleiben soll. „Mit der Einführung der Thüringer Landgemeinde werden wir die kommunalen Verwaltungsstrukturen erfolgreich weiterentwickeln, ohne dass die Einwohner dabei ihre Gestaltungsmöglichkeiten vor Ort verlieren", erklärte Mohring und ergänzte, dass es mit der CDU-Fraktion keine Gebietsreform geben wird. „Kommunale Strukturen müssen auch weiterhin überschaubar bleiben. Nur wenn sich die Einwohner mit der Region, in der sie leben, wirklich identifizieren können, sind sie bereit, diese aktiv mitzugestalten", erklärte Mohring.



Die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag
Pressestelle
Tel.: 0361 37 72206
Fax: 0361 37 72520
www.thl-cdu.de

PISA-Länderstudie: Hohe Gymnasialbesuchsquote bei Arbeiterkindern in Thüringen

30,2 % der Kinder von Facharbeitern und Arbeitern mit Leitungsfunktion und 20,1 % der Kinder von un- und angelernten Arbeitern besuchen in Thüringen ein Gymnasium. Das sind die höchsten in der PISA-Länderstudie erfassten Werte für beide sozialen Gruppen in Deutschland. Darauf wies der CDU-Bildungspolitiker Volker Emde anlässlich der Präsentation der Studie hin. Nach seinen Worten belegen die Werte eindeutig, „dass der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungsgang in keinem Land schwächer ausgeprägt ist als in Thüringen".

In dem hervorragenden PISA-Ergebnis Thüringens sieht Emde „eine Gemeinschaftsleistung verantwortungsbewusster Eltern, leistungsbereiter Schüler, engagierter Pädagogen und einer guten Schulpolitik". Laut Emde hat das zweigliedrige Thüringer Schulsystem mit Regelschulen und Gymnasien seine Leistungsfähigkeit erneut unter Beweis gestellt. „Die kontinuierliche, konsequent am Leistungsgedanken ausgerichtete Bildungspolitik in Thüringen zahlt sich aus", so der Bildungsexperte abschließend.

Demokratiepreis zum dritten Mal verliehen

Auszeichnung der Abgeordneten der LINKEN für besonderes Engagement

DIE LINKE hat am 4. November – das Datum wurde bewusst gewählt mit Blick auf das Jahr 1989 und die Großdemonstration in Berlin auf dem Alexanderplatz – den von ihr ins Leben gerufenen Demokratiepreis im Rahmen einer Feierstunde im Landtag verliehen. Nach 2004 und 2006 wurden damit bereits zum 3. Mal Menschen geehrt, die sich durch Initiativen und Engagement für demokratisches Miteinander einsetzen.

In diesem Jahr stand der Preis in besonderer Korrelation zum Volksbegehren für mehr Demokratie auf kommunaler Ebene. Auch aus diesem Grunde



gehörte der Jury Ralf-Uwe Beck an, der Sprecher des Bündnisses für Mehr Demokratie in Thüringen. Es war für die Juroren nicht leicht, aus den eingegangenen 12 Vorschlägen die Preisträger auszuwählen. In der Kategorie Einzelpersonen hatte sich die Jury für zwei Frauen entschieden. Ilona Bußlapp aus Herbsleben und Roswitha Steeger aus Suhl. In der Kategorie Neue Initiativen und Projekte erhielten den Demokratiepreis die Interessengemeinschaft „Achtung Hochspannung“ und der Freizeitladen Winzerla (Jena).

Die Kommunen brauchen Investitionsmittel

„Das Land hat die Pflicht, dafür zu sorgen, dass die Städte, Gemeinden und Landkreise ihre Aufgaben für die Bürger erfüllen können“, sagte der Finanzpolitiker der LINKEN Mike Huster angesichts der Folgen der Finanzmarktkrise. Dazu gehöre auch vorausschauendes Handeln. Abwarten und Hoffen genügten jedenfalls nicht. DIE LINKE hatte im Haushalts- und Finanzausschuss angeregt, dass freie und voraussichtlich nicht benötigte Mittel innerhalb des Kommunalen Finanzausgleichs für die Stärkung der kommunalen Investitionskraft umgewidmet werden könnten. So könnten den Kommunen im Jahr 2009 etwa 40 bis 50 Millionen Euro für zusätzliche Investitionen u. a. für Schulen zur Verfügung gestellt werden. Der kommunalpolitische Sprecher der LINKEN, Frank Kuschel, fügte hinzu, dass eine solche Umwidmung freier Gelder wesentliche Vorteile mit sich brächte. „Erstens kann der Investitionsstau bei den Kommunen teilweise gelöst werden, zweitens ist das eine zusätzliche Förderung der heimischen Wirtschaft und drittens kommt keine weitere Belastung auf den Landeshaushalt zu.“

Fraktion.DIE LINKE im Thüringer Landtag
Pressestelle
Tel.: 0361 37 72293
Fax: 0361 3772321
www.die-linke-thl.de

CDU vernebelt wahres Stimmungsbild

Angesichts der Vermutung, die CDU habe die jüngste Umfrage des Thüringen-Monitors absichtlich zurückgehalten, erklärte Dieter Hausold, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag: „Offenkundig versucht die CDU, mit Trickserein das wahre Stimmungsbild in Thüringen zu vernebeln. Die Zeit für selbstzufriedene CDU-Politik ist vorbei. Thüringen braucht einen politischen Wechsel.“ Dazu gehöre die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, eine Chancengleichheit garantierende Bildungspolitik und die Einbeziehung der Bürger durch mehr direkte Demokratie. „Eine Politik gegen Armut und Angst vor sozialem Abstieg wäre die richtige Antwort auf die allgemeine Unzufriedenheit.“

SPD-Fraktion unterstützt streikende Schüler

Döring: Kritik an Missständen im Bildungswesen ist berechtigt

Kritik am Agieren des Kultusministeriums mit den Schülerprotesten wegen der verfehlten Bildungspolitik hat SPD-Bildungspolitiker Hans-Jürgen Döring geäußert. Thüringens Kultusminister Müller habe unsensibel reagiert, als er den an den Protesten beteiligten Schülern bereits im Vorfeld mit Konsequenzen gedroht habe. „Da machen junge Leute auf konkrete, in zig Untersuchungen nachgewiesene Missstände des Bildungswesens aufmerksam, und alles, was der Landesregierung dazu einfällt, sind Repressalien“, so Döring.

Noch vor Beginn der Proteste hatte Döring den Kultusminister deshalb aufgefordert, seine harte Linie aufzugeben und mit den streikenden Schülern in einen Dialog zu treten. Schließlich müsse es auch im Interesse der Landesregierung sein, die berechtigten Anliegen von Schülern bei der Weiterentwicklung des Bildungswesens mit einzubeziehen. Döring kritisiert zudem die Doppelzüngigkeit Müllers. Da werde immer wieder das demokratische Engagement von Schülern eingefordert und für 2009 ein „Jahr der Demokratie“ auch an den Schulen ausgerufen. Wenn Schüler sich aber tatsächlich ihrer demokratischen Rechte bedienten und öffentlich gegen die Bildungspolitik der Thüringer CDU protestierten, werde mit Sanktionen reagiert. „Wie die Thüringer Schule auf diese Weise zu einem Lern- und Lebensort für Demokratie werden soll, ist mir schleierhaft“, sagt Döring. Auch das Argument des Kultusministeriums, durch den Schülerstreik falle Unterricht aus, lässt er nicht gelten. „Von einer Schulstunde mehr oder weniger geht sicherlich die Welt nicht unter“, sagt Döring. Durch die Streichung tausender Lehrerstellen sei es in den vergangenen Jahren an vielen Thüringer Schulen zu weit massiveren Unterrichtsausfällen gekommen, ohne dass das Kultusministerium dagegen etwas getan habe.



SPD-Bildungspolitiker Hans-Jürgen Döring (rechts) im Gespräch mit Jürgen Röhreich, dem Landesvorsitzenden der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaften.

Die SPD-Fraktion im Thüringer Landtag
Pressestelle
Tel.: 0361 37 72365
Fax: 0361 37 72417
www.spd-thl.de

Matschie: Wirtschaft muss gestärkt werden

Harsche Kritik am Kurs der Landesregierung in Sachen Finanz- und Wirtschaftspolitik äußert SPD-Fraktionsvorsitzender Christoph Matschie. Während im Rest der Bundesrepublik Maßnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaft ergriffen würden, lege die Thüringer Landesregierung Geld auf die hohe Kante. „Das ist wirtschaftspolitisch grob fahrlässig“, sagt Matschie. Er verweist auf das Jahresgutachten der Wirtschaftsweisen. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hatte sich für „deutliche Impulse zu einer Stärkung der internen Wachstumskräfte und der Binnennachfrage“ ausgesprochen und Investitionen der öffentlichen Haushalte in Milliardenhöhe gefordert.

Die Landesbeauftragten

Die Bürgerbeauftragte des Freistaats Thüringen
Tel.: 0361 37 71871
Fax: 0361 37 71872
E-Mail:
buergerbe@bueb.thueringen.de
www.bueb.thueringen.de

Die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
Tel.: 0361 37 71951
Fax: 0361 37 71952
E-Mail:
tlstu@t-online.de
www.thueringen.de/tlstu

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz
Tel.: 0361 37 71900
Fax: 0361 37 71904
E-Mail:
poststelle@datenschutz.thueringen.de
www.thueringen.de/datenschutz

Hinweise zur Bestellung des Landtagskuriers

Der Landtagskurier erscheint monatlich in Form eines Newsletters.

Der Bezug ist kostenfrei sowohl über den Postweg als auch über E-Mail möglich.

Wenn Sie den Landtagskurier bestellen möchten, schreiben Sie uns eine E-Mail an:

Pressestelle@Landtag.Thueringen.de

Tel.: 0361 37 72006
Fax: 0361 37 72004



Die Bürgerbeauftragte

Die Regionalen Ombudsleute und Petitionsausschüsse der EU-Mitgliedsstaaten tagten in Berlin

Unter Leitung des Europäischen Ombudsmannes Prof. P. Nikiforos Diamandouros und des Vorsitzenden des Petitionsausschusses des Abgeordnetenhauses von Berlin, Rolf Hillenberg, fand vom 2. bis 4. November 2008 das Sechste Seminar der regionalen Ombudsleute und Petitionsausschüsse der EU-Mitgliedstaaten in Berlin statt, an welchem auch die Bürgerbeauftragte des Freistaats Thüringen, Silvia Liebaug, teilnahm.



Im Mittelpunkt stand der Ideen- und Erfahrungsaustausch der Ombudsleute, Petitionsausschüsse und Bürgerbeauftragten aus insgesamt sieben EU-Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, Italien, Spanien und Großbritannien. Diskussionsschwerpunkte waren das „effektive Arbeiten für die Bürger“ und die „Bearbeitung von Beschwerden und Petitionen besonders verletzlicher Gruppen“ wie älterer Menschen und Migranten.

Ziel muss sein, die Arbeit von Ombudsleuten und Petitionsausschüssen stärker in die öffentliche Wahrnehmung zu rücken, verbunden mit dem Anspruch der Stärkung von Ombudsleuten und Petitionsausschüssen im Interesse der „Schwächsten in der Gesellschaft“.
In diesem Zusammenhang wurde auf die zunehmend wichtiger werdende soziale Funktion der Ombudsleute aufmerksam gemacht, welche durch bürgerfreundliches Agieren für Transparenz und Akzeptanz der Bürger sorgen.

Ombudsleute vertreten die Grundrechte der Bürger. Aus diesem Grund ist die Unabhängigkeit der Ombudsleute außerordentlich wichtig.

Der Datenschutzbeauftragte

Herbstkonferenz der Datenschutzbeauftragten

Am 6. und 7. November 2008 fand in Bonn die 76. Konferenz der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder unter Vorsitz des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit statt. Im Mittelpunkt der Konferenz standen die Konsequenzen aus den Datenskandalen der jüngsten Vergangenheit. Als besonders bedeutsam wurde von den Konferenzteilnehmern dabei der gefundene Konsens, die Weitergabe persönlicher Angaben zu Werbezwecken zukünftig nur auf der Grundlage einer Einwilligung der Betroffenen zuzulassen, hervorgehoben. Nur eine solche Lösung respektiert das informationelle Selbstbestimmungsrecht und damit die Wahlfreiheit der Betroffenen.
Die Konferenz bekräftigte ihre Forderung, alle verantwortlichen Stellen gesetzlich zu verpflichten, bei Verlust, Diebstahl oder Missbrauch personenbezogener Daten unverzüglich die hiervon Betroffenen und die zuständigen Aufsichts- und Kontrollbehörden sowie ggf. auch die Öffentlichkeit zu unterrichten, um zukünftig Sicherheitsmaßnahmen ergreifen und mögliche Schäden begrenzen zu können.
Die Datenschutzbeauftragten beschäftigten sich auch mit der immer intensiveren grenzüberschreitenden Vernetzung von Polizei- und Strafverfolgungsbehörden. Insbesondere wurde von der Konferenz kritisiert, dass erheblich in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung eingreifende zentrale Datenbestände (Europol, Schengen, Visa-Informationssystem) aufgebaut werden, ohne dass ein schon mehrfach angemahnter hoher und gleichwertiger Datenschutzstandard EU-weit etabliert wurde.
Von der Konferenz wurden zu den o. g. und weiteren Themen Entschließungen verabschiedet: Diese finden Sie auf der Internetseite des TLfD unter:
www.thueringen.de/datenschutz/datenschutz/entschliessungen_datenschutzkonferenz/76/
Die 77. Konferenz der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder findet am 26. und 27. März 2009 unter Vorsitz des Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit in Berlin statt.

Die Beauftragte für die Stasiunterlagen

13. Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft Grenzmuseen

Am 14./15.11. begrüßten Robert Lebegern (Mödlareuth) und Stefanie Hergert (Point Alpha) die Kollegen der Grenzmuseen aus dem Bundesgebiet. Neu dabei waren Vertreter der Gemeinde Strauf–hain, die momentan an einer Ausstellung über die Zwangsaussiedlungen im südthüringischen Streufdorf arbeiten, und der „Grenzfahrten e.V.“ mit Sitz im fränkischen Kronach, der Rundfahrten und Ausstellungen an verschiedenen Orten anbietet. Zum 13. Mal tauschten die Teilnehmer sich aus über Aktivitäten und Besucherinteresse im letzten Jahr.



Für mehrere Museen wurde dabei festgestellt, dass Schülerangebote auf großes Interesse eher in den westlichen Bundesländern stoßen und dass oft weniger als ein Viertel der Führungen von Schulklassen aus den Ost-Bundesländern gebucht wurden. Thüringer Schüler bilden in den vier großen Thüringer Grenzmuseen bislang nur 10-25 Prozent der jugendlichen Besucher – die Frage nach Gründen dafür stellt sich also auch deutlich an das Thüringer Bildungssystem. 2009 haben auch alle Museen Neues und Besonderes zum 20. Jahr der Grenzöffnung vor. Die großen Museen an der thüringischen Landesgrenze erwähnten u.a.: die Sonderausstellung über „Botschaftsflüchtlinge“ (Mödlareuth), ein Programm zum Themenfeld „Hier drüben – die Vorgeschichte 1989 in europäischer Dimension“ (Point Alpha)“, ein Theaterprojekt und die Arbeit an einer komplett erneuerten Dauerausstellung (Teistungen), ein besonderer Gedenkgottesdienst (Schifflersgrund). Im Sinne eines Gemeinschaftsprojektes – auf Vorschlag der Gedenkstätte Marienborn – wollen die Teilnehmer der AG Grenzmuseen an Vor-Ort-Aktionen im Rahmen eines „Staffellaufes Grenzlos laufen“ vom 16. bis 23. Mai 2009 mitwirken.
Die 14. Tagung soll deshalb bereits im März 2009 in Erfurt stattfinden. Auch die Behörde der Landesbeauftragten ist dann wieder mit von der Partie.

Herausgeber: Thüringer Landtag, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Jürgen-Fuchs-Straße 1 99096 Erfurt
Für die Seiten "Aus den Fraktionen" und "Die Landesbeauftragten" sind die jeweiligen Bereiche verantwortlich. Diese Zeitung dient der Öffentlichkeitsarbeit des Thüringer Landtags. Sie darf weder von Wahlbewerbern noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.